



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Bayerische Dokumente zum Kriegsausbruch und zum Versailler Schuldspruch

Dirr, Pius

München [u.a.], 1925

31. Juli

[urn:nbn:de:hbz:466:1-73506](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-73506)

sollte, zum Marchese di San Giuliano nach Fiuggi begeben und hat ihm in allgemeinen Ausdrücken davon gesprochen, dass seine Regierung in einer Note an Serbien die verschiedenen Beschwerden zur Sprache bringen werde, die sie gegen die serbische Regierung zu erheben habe. Der Minister antwortete, diese Mitteilung sei so allgemein gehalten, dass er sich darauf gar nicht äussern könne; da man in so wichtigen Angelegenheiten schriftlich verkehren müsse, wolle er ihm dies schriftlich geben. Er tat dies und kann sich nun darauf berufen, dass er von dem Inhalt der Note vorher keine Kenntnis erhalten habe.

Marchese di San Giuliano hat die Absicht, nach Vallombrosa zu gehen, vorläufig aufgegeben und bleibt wenigstens die nächste Zeit in Rom.

Der König ist zum Gedächtnis-Gottesdienst für den König Umberto nach Rom gekommen, hat sich nach der Feier nach Santa Anna di Valdieri in Piemont begeben, wo sich Ihre Majestät die Königin befindet, wird aber in einigen Tagen nach Rom zurückkehren.

v. d. Tann

Nr. 60

Fernsprech-Meldung der Berliner Gesandtschaft

In München aufgenommen 31. Juli vorm. 7⁴⁵

Eine Antwort auf die gemeinsame Demarche Englands und Deutschlands ist aus Wien bis nachts 12 Uhr nicht eingelaufen gewesen. Man erwartet sich in den Berliner massgebenden Kreisen nicht, dass die Demarche einen Erfolg haben wird, ist vielmehr überzeugt, dass die zweifellos redlichen Bemühungen Greys, für die Erhaltung des Friedens zu wirken, den Gang der Dinge nicht aufhalten werden.

Wir haben gestern abend, wie immer in diesen Tagen, im Bristol gegessen, das gegenwärtig eine Art Diplomatenbörse bildet. Wir fanden die Österreicher noch ernster wie in den letzten Tagen. Sie schwiegen vollständig.

Von den Reisen der bundesstaatlichen Minister hierher kann man sich nur wenig versprechen; zudem besteht noch die Gefahr, dass die Herren nicht mehr nach Hause kommen könnten.

Nr. 61

Der Gesandte in Berlin an das Ministerium des ÄußernTelegramm ¹⁾Berlin, den 31. Juli 1914; 12⁰⁴ nachm.Angekommen 2⁰⁰ nachm.

Antwort aus Wien noch nicht eingetroffen, da Tizas Ankunft in Wien erst abgewartet wird, doch wird sie heute nachmittag erwartet. Sollte Österreich dem deutschen und englischen Vermittlungsvorschlag zustimmen, wird er dem Zaren mit Umgehung Sasonows telegraphiert und gleichzeitig Ultimatum wegen Einstellung der Rüstungen gestellt. England arbeitet mit uns, und es ist nicht ausgeschlossen, dass es noch in letzter Stunde die Aktion zum Stehen bringt; Lage bleibt kritisch, da Russlands Stellung zum Vermittlungsvorschlag zweifelhaft; diessseitiger Generalstab drängt auf Entscheidung.

Lerchenfeld

Nr. 62

Der Gesandte in Wien an das Ministerium des Äußern

Telegramm

Wien, den 31. Juli 1914; 12²⁰ nachm.Angekommen 2⁰⁰ nachm.

Kaiser hat Mobilisierung gesamter Wehrmacht angeordnet.

Tucher

Nr. 63

Der Gesandte in Berlin an das Ministerium des Äußern

Telegramm

Berlin, den 31. Juli 1914; 1⁰⁰ nachm.

In Preussen werden landwirtschaftliche russische Arbeiter im Kriegsfall nicht ausgewiesen.

Lerchenfeld

¹⁾ Vorher telephonisch nach München um 11¹⁵ vorm. mitgeteilt.

Nr. 64

**Die Gesandtschaft in Berlin an das Ministerium des
Äussern**Telephonische Mitteilung Berlin, den 31. Juli 1914; 3⁰⁰ nachm.

In Bundesratssitzung wurde soeben mitgeteilt, dass ganze russische Armee mobilisiert ist, und daraufhin S. M. der Kaiser den Zustand drohender Kriegsgefahr angeordnet hat, dem Mobilmachung in 24 bis 48 Stunden folgt. Die heute angekündigten Vorlagen, über die morgen 1 Uhr der Bundesrat zu beschliessen hat, sind unterwegs. Der Reichstag wird gleichzeitig mit Mobilmachungsordre einberufen werden.

Nr. 65

Der Gesandte in Paris an das Ministerium des ÄussernTelegramm Paris, den 31. Juli 1914; 4⁴⁰ nachm.
Angekommen 9⁵⁰ nachm.

Herr Iswolsky hat mich soeben aufgesucht und mich gebeten, bayerische Regierung möchte seiner Frau und Kindern, die sich per Auto nach der Schweiz via Lindau begeben, Grenzübergang sichern.

Botschafter hält Lage äusserst ernst. Anfrage deutscher Botschaft habe Sasonow vorgeschlagen, Österreich möchte Erhaltung Indépendance Serbiens versprechen. Diese umfasse mehr als territoriale Integrität; es sei dies eine Hoffnung. 1909 dürfte sich nicht wiederholen; Deutschland habe damals einen schweren Fehler begangen; bedingungslose Annahme Österreichs Forderungen an Serbien würde eine neue Demütigung Russlands bedeuten; letzteres bestehe daher auf Berücksichtigung seiner Wünsche. Ein Wort der Mässigung von deutscher Seite würde in Wien genügen, dessen sei er gewiss; Anfrage in Petersburg sei der erste Vermittlungsschritt Deutschlands. Vorher habe Deutschland Österreich nur in seinem Vorgehen bestärkt; Österreich werde wie Russland vor dem Japan-Krieg von einer Camarilla in den Krieg gehetzt.

Ritter

Der Gesandte in Berlin an das Ministerium des Äussern ¹⁾

Telegramm

Berlin, den 31. Juli 1914; 7²⁵ nachm.Angekommen 10⁰⁰ nachm.

Kaiser Franz Joseph hat Vermittlungsvorschläge mit Hinweis auf russische Mobilisierung abgelehnt. Deutschland hat Russland aufgefordert, binnen 12 Stunden Mobilisierung einzustellen, widrigenfalls Deutschland mobilisieren würde. Frankreich ist um Antwort binnen 18 Stunden gebeten worden, ob es sich neutral verhalten wolle. An ablehnender Antwort seitens Russlands und Frankreichs besteht kein Zweifel. England ist erneut Neutralitätsvertrag angeboten worden, den Sir Edward Grey abgelehnt hat.¹⁾ Stellung Italiens und Rumäniens noch unklar, aber Hoffnung, dass Italien beim Dreibund, Rumänien neutral bleibt.

Lerchenfeld

Fernsprech-Meldung der Berliner GesandtschaftIn München aufgenommen 31. Juli 1914; 8⁰⁰ nachm.

Es laufen zurzeit zwei Ultimata:

Petersburg 12 Stunden, Paris 18 Stunden. Petersburg Anfrage nach Grund der Mobilisierung, Paris Anfrage, ob neutral bleibt.

Beide werden selbstverständlich ablehnend beantwortet werden.

Mobilisierung spätestens Samstag, den 1. August um Mitternacht.

Preussischer Generalstab sieht Krieg mit Frankreich mit grosser Zuversicht entgegen, rechnet damit, Frankreich in 4 Wochen niederwerfen zu können; im französischen Heere kein guter Geist, wenig Steilfeuerschütze und schlechteres Gewehr.

¹⁾ Um 10⁴⁵ nachm. folgte telephonische Mitteilung, dass England „Neutralität mit Begründung abgelehnt hat, es müsse sich die Hände freihalten“.

Nr. 68

Der Gesandte in Paris an das Ministerium des Äussern

Telegramm

Paris, den 31. Juli 1914; 11²⁰ nachm.Angekommen 1. August 10⁰⁰ vorm.

Deutscher (Botschafter?) hat heute abend französischer Regierung mitgeteilt, Russland habe, während Verhandlungen schwebten, ganze Armee und Flotte mobil gemacht, deshalb Kriegsgefahr in Deutschland verkündet. Wenn Russland nicht in 12 Stunden die ganze Mobilmachung rückgängig mache, erfolge deutsche Mobilmachung, dann Krieg unvermeidlich. Botschafter fragte, ob französische Regierung in einem deutsch-russischen Krieg neutral bleibe. Antwort in 18 Stunden erbeten, abläuft morgen. (Habe) österreichischem Botschafter Gespräch Iswolsky mitgeteilt: Annahme der Indépendance-Erklärung verhindere Krieg, alle Welt erwarte Erklärung, wie weit Österreich gehen wolle. Iswolsky versöhnlich. Graf Szécsen sagte, er habe längst diesen Wunsch übermittelt, aber keine Weisung erhalten. Hiesige österreichische Korrespondenten meinen, man sei sich darüber am Ballplatz nicht schlüssig. Französische Regierung bestreitet die allgemeine russische Mobilisierung.

Ritter

Nr. 69

Der Gesandte in Berlin an den Vorsitzenden im Ministerrate

Bericht 417

Berlin, den 31. Juli 1914

Zum Telegramm von gestern

Ew. Exz. beehre ich mich im Vollzuge des telegraphischen Auftrags von gestern nachstehendes gehorsamst zu berichten:

Die Berufskonsuln feindlicher Mächte werden bei Kriegsausbruch angewiesen,¹⁾ nach dem Ausland abzureisen, erhalten keine Pässe.

¹⁾ Das Ministerium in München hatte am 30. Juli angefragt, wie gegenüber den Konsuln feindlicher Mächte zu verfahren sei, und ob in Pässen für fremde Diplomaten Fristbestimmung erfolge.

Die Wahlkonsuln können im Lande bleiben, dürfen aber keine Funktionen mehr ausüben.

Die Pässe der fremden Diplomaten, die alle (nicht nur die Chefs) Kaiserpässe bekommen, werden nicht befristet.

Die Gesandtschaftskanzler können unter folgenden 2 Voraussetzungen im Lande bleiben:

1. dass sie der fremden Mission beigeordnet werden, die den Schutz der betreffenden Staatsangehörigen übernimmt,
2. dass die Gegenseitigkeit gewährleistet wird.

Bleiben sie nicht, so erhalten die Kanzleichefs Kaiserpässe, das übrige Personal den Pass des Auswärtigen Amts.

G. H. Lerchenfeld

Nr. 70

Der Gesandte in Berlin an den Vorsitzenden im Ministerrate

Bericht 418

Berlin, den 31. Juli 1914

Ew. Exz. habe ich in Chiffre die heutige Lage gemeldet.

Wie mir im Auswärtigen Amt gesagt wurde, sind die Würfel dadurch in das Rollen gekommen, dass der russische Botschafter Swerbejew die falsche Nachricht des Lokalanzeigers, Deutschland mobilisiere, nach Petersburg gemeldet hat, ohne sich von der Richtigkeit zu versichern. Man nimmt an, dass das Dementi, das er seiner Meldung nachsandte, ungenügend war, weil der Botschafter seinen Fehler nicht glatt eingestehen wollte.

Dass Kaiser Franz Joseph die Vermittlungsvorschläge abgelehnt hat, wird hier bedauert, weil damit Russland noch mehr ins Unrecht versetzt worden wäre.

Immerhin herrscht die Meinung vor, dass, nachdem Russland zur partiellen Mobilisierung geschritten ist, der Weltkrieg nicht mehr aufzuhalten gewesen ist. Kaiser Nikolaus wäre kaum stark genug gewesen, die Demobilisierung zu verfügen ohne eine Satisfaktion von Österreich-Ungarn, die, wie die Dinge liegen, nicht zu erhalten war.

G. H. Lerchenfeld

Nr. 71

Der Gesandte in Berlin an den Vorsitzenden im Ministerrate

Berlin, den 31. Juli 1914

Hochverehrter Freund!

Ich glaube auf den drei Wegen des heutigen Verkehrs, Telephon, Telegraph und Post, alles gemeldet zu haben, was zu melden gewesen ist. Trotzdem will ich mit diesen Zeilen das gegebene Bild noch etwas vervollständigen.

Zunächst möchte ich sagen, dass ich sehr damit einverstanden bin, dass Ew. Exz. nicht hierher kommen. Sie sind in Bayern notwendiger als hier, und die Rückkehr wäre zum mindesten schwierig. Das ist auch die Überzeugung Delbrücks. Er hat auch in diesem Sinne an Dusch und Weizsäcker telegraphiert.

Der deutsch-englische Vermittlungsvorschlag, der noch eine gewisse Hoffnung auf Erhaltung des Friedens bot, ist durch die Mobilmachung in ganz Russland erledigt. Sasonow hat vor einigen Tagen verlangt, dass Österreich-Ungarn auf die Erfüllung einiger Punkte seines Ultimatums verzichte. Das war für Österreich unmöglich. Den englisch-deutschen Vorschlag hätte man in Wien annehmen können.

Die Haltung Englands ist dunkel. Der König hatte vor kurzem noch dem preussischen Prinzen Heinrich in London versichert, England werde zunächst neutral bleiben. Auch der heute in unsern Blättern abgedruckte Artikel der „Westminster Gazette“ lässt auf solche Absicht schliessen. Da der Redakteur dieses Blattes ein intimer Freund Sir E. Greys ist, haben Äusserungen der „Westminster Gazette“ eine gewisse Bedeutung. Dem steht aber gegenüber, dass Sir E. Grey dem Fürsten Lichnowsky erklärt hat, England könne den Ereignissen nicht untätig zusehen. Ob dies den Zweck hatte, uns zu einer Pression auf Österreich zu veranlassen, oder ob England sich schon für ein Eintreten für die andern Ententemächte entschlossen hat, muss sich erst zeigen.

Während ich dies schreibe, hat es sich bereits gezeigt. England geht mit der Entente.

Von Italien glaubt man, dass es bei dem Dreibund beharren werde, dass es aber bei dieser Gelegenheit etwas erwerben wolle. Nicht aber Valona, das lehnt es ab.

Rumänien sollte nach Ansicht des Auswärtigen Amts wenigstens neutral bleiben. Man glaubt genügende Pressionsmittel zu haben, es dazu bestimmen zu können.

1) Siehe B, 66.

In hiesigen militärischen Kreisen ist man des besten Mutes. Schon vor Monaten hat der Generalstabschef Herr von Moltke sich dahin ausgesprochen, dass der Zeitpunkt militärisch so günstig sei, wie er in absehbarer Zeit nicht wiederkehren kann. Die Gründe, die er anführt, sind:

1. Überlegenheit der deutschen Artillerie. Frankreich und Russland besitzen keine Haubitzen und können daher keine Truppe in gedeckter Stellung mit Steilfeuer bekämpfen.
2. Überlegenheit des deutschen Infanterie-Gewehres.
3. Ganz ungenügende Ausbildung der französischen Truppe infolge zweijähriger Dienstzeit bei der Kavallerie und der gleichzeitigen Einberufung zweier Jahrgänge bei allen Waffengattungen infolge der Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit, darunter muss die Ausbildung gelitten haben.

Auch in den Kreisen der Bevölkerung ist die Stimmung eine ruhige und zuversichtliche. Die Sozialdemokraten haben für den Frieden pflichtmässig demonstriert, halten sich aber jetzt ganz still. Ein Abgeordneter, allerdings revisionistischer Richtung, mit dem der Reichskanzler gesprochen hat, hat versichert, dass an Aufruhr oder Generalstreik in der Sozialdemokratischen Partei von niemand gedacht werde.

Was den Kaiser betrifft, so weiss ich, dass er nach einigem Wechsel in der Stimmung während des Beginns der Krisis, jetzt sehr ernst und sehr ruhig ist.

Prinz Oskar wird heute im Hausministerium getraut werden. Alle preussischen Prinzen treten in der Front ein. Der Kronprinz erhielt die I. Garde-Infanterie-Division.

Wie man annimmt, wird das Hauptquartier zunächst in Berlin bleiben. Wie im Jahre 1870 werden zwei Staffeln gebildet werden. In der ersten der Kaiser, in der zweiten die anderen Bundesfürsten, die den Krieg mitmachen wollen.

Mit besten Grüßen

Lerchenfeld

Nr. 72

Der Gesandte in Wien an das Ministerium des Äussern

Bericht 290

Wien, den 31. Juli 1914

Angekommen 3. 8. 14.

Kaiser Franz Joseph hat einen auf Wunsch des Zaren unternommenen Vermittlungsversuch des deutschen Kaisers mit der Erwidderung abgelehnt, dass eine neuerliche Rettung Serbiens die ernstesten Folgen für seine Länder nach sich ziehen würde. Er sei sich der Schwere der Verantwortung voll bewusst und rechne auf die unerschütterliche Bundestreue Deutschlands.

Auf dem Ballplatz spricht man nicht mehr von Lokalisierung, sondern erwägt nur die Chancen des Krieges; das Eingreifen Englands an der Seite Frankreichs wird für mehr als wahrscheinlich gehalten.

Die K. Gesandtschaft wird bestürmt mit Anfragen, ob Deutschland mobilisiere und ob die Militärfichtigen einzurücken hätten. Umgehende Benachrichtigung nach erfolgter Entscheidung ist dringendst erwünscht.

Tucher

Nr. 73

Der Vorsitzende im Ministerrate an die Gesandtschaft in Berlin¹⁾

Telephonische Mitteilung München, den 1. August 1914; 9³⁰ vorm.

Dem von Sr. M. dem Kaiser für notwendig gehaltenen Beschlusse im Sinne des Art. II Abs. 2 der Reichsverfassung wird mit Allerhöchster Ermächtigung Sr. M. des Königs zugestimmt.

Hertling

Nr. 74

Der Gesandte in Berlin an den Vorsitzenden im Ministerrate

Bericht 420

Berlin, den 1. August 1914

Heute 6 Uhr war die Lage folgende: Russland hat das deutsche Ultimatum, alle Kriegsrüstung gegen Deutschland und Österreich einzustellen, bisher nicht beantwortet. Daraufhin ist nach der Beschlussfassung im Bundesrat Russland die Kriegserklärung für den Fall zugestellt worden, dass es nicht dem Verlangen des Ultimatus entspricht. Es wird bezweifelt, ob hiernach Russland überhaupt antwortet.

Frankreich ist eine Verlängerung der Frist bis heute 1 Uhr gewährt worden. Um 6 Uhr war die Antwort noch nicht da, was aber mit Verzögerung der telegraphischen Beförderung zusammenhängen kann. Die Bemerkung des Reichskanzlers in seiner heutigen Rede, die Antwort sei da, hat auf einem Irrtum beruht.

¹⁾ Mit Bericht 419 vom gleichen Tage meldet der Gesandte den Vollzug dieser Weisung durch Erklärung Bayerns in der Bundesrats-sitzung.